



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/54

Hannover, 9. Mai 1949

Die Bedeutung des 12. Mai

Von Willy Brandt, Berlin

Die Hauptbetroffenen, die Berliner, haben die Berichte über die Aufhebung der Blockade mit ziemlicher Skepsis zur Kenntnis genommen. Das beruht nicht darauf, dass sich die Berliner in ihre Sonderlage verliebt haben. Aber sie befürchten vielfach, dass von den Sowjets neue Massnahmen kommen könnten, falls die Pariser Konferenz ohne positives Ergebnis bleiben sollte.

Neben der entschlossenen Haltung der Berliner haben die grossartigen Leistungen der Luftbrücke und die grosszügige Hilfe des deutschen Westens die Wende der deutschen Nachkriegsentwicklung veranlasst. Geführt wurde aber der Kampf um Berlin durch die SPD. Sie hat den Widerstand auf alle Gefahren hin aufgenommen. Ihr wurde im letzten Dezember das Vertrauen von fast zwei Dritteln der Bevölkerung zuteil. Es hat sich hier, man kann ruhig sagen, um eine geschichtliche Leistung gehandelt, die auf dem Landespartei-tag durch die Teilnahme von Gastdelegierten aus allen Teilen Deutschlands unterstrichen wurde.

Die Berliner Sozialdemokratie hat die Bevölkerung zu einer Freiheitkundgebung am Tag der Aufhebung der Blockade aufgerufen und es den anderen Parteien überlassen, ob sie sich daran beteiligen wollen. Von dieser Kundgebung aus wird durch die Stadtverordneten und auf andere Weise die Forderung erhoben werden, dass es sich bei der Aufhebung der Blockade nicht einfach um eine Rückkehr zu den unsicheren Verhältnissen des vorigen Frühjahrs handeln darf. Es bedarf freier und garantierter Vereinbarungen. Es bedarf auch der engstmöglichen Beteiligung Berlins an der im Entstehen begriffenen deutschen Bundesrepublik. Die formelle Seite der Sache ist im Augenblick nicht so entscheidend. Auf die Tatsache wirtschaftlicher und politischer Einbeziehung kommt es an.

Für Berlin bedeutet der 12. Mai keinen Abschluss seines Ringens um Freiheit und Selbstverwaltung, sondern die Einleitung eines neuen Abschnittes seines Ringens. Im Vordergrund des Interesses steht die Frage, ob und wie die einheitliche Verwaltung der Stadt wieder hergestellt werden kann. Nach Meinung der Sozialdemokratie kann das nur dadurch geschehen, dass der Stadtsowjet aus dem Ostsektor ver-

schwindet. Auch hier müssen freie und geheime Wahlen durchgeführt werden. Mit diesen Wahlen wird die SPD auch den Schwindelwahlen des Volkakongresses gegenüberreten.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass durch die in Berlin erwachte Wende die neue Phase des Kampfes für die deutsche Einheit und Freiheit eingeleitet wird. Viele Beweise liegen dafür vor, dass die Aufhebung der Blockade bei der bedrängten Bevölkerung der Ostzone neue Hoffnungen auslöst. Auf dem Berliner Landespartei-tag der SPD wurde die Meinung vertreten, es könne viel früher, als man noch vor kurzem anzunehmen geneigt war, möglich werden, die Fahne der Freiheit über die Grenzen Berlins hinaus in die es umgebende russische Zone zu tragen. Auch diese Entwicklung ist mit der Forderung nach Freiheit und geheimen Wahlen verbunden. Durch das Bonner Werk sind die Grundlagen geschaffen, auf denen sich alle deutschen Länder finden können.

Die Tagung der Berliner Sozialdemokratie war von Hoffnung und Optimismus getragen, aber auch von ungeschwächtem Kampfeswillen. Es ist kein Zufall, dass ein bedeutender Teil der Beratungen den grundsätzlichen Fragen des demokratischen Sozialismus gewidmet war. Während der harten und opferreichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre sind Erfahrungen gesammelt worden, die jetzt in den Grundsatzdebatten ihren Niederschlag finden. Die erstrangige Bedeutung des Kampfes um die grundlegenden menschlichen Rechte und politischen Freiheiten ist nachdrücklich unterstrichen worden. Aber es herrscht unter den Berliner Sozialdemokraten auch Einigkeit darüber, dass die Freiheit nur Bestand haben wird, wenn sie wirtschaftlich und sozial untermauert wird. (telhe/95/B/2/he)

DAS REKORDBUCH DER LUFTBRÜCKE

(sp) Es lohnt sich, am Ende der Berliner Blockade einmal einen Blick zurückzuwerfen und Einsicht in das Rekordbuch zu nehmen, das die Leistungen der englisch-amerikanischen Flieger festhält. Am 20.6.49 wurde mit der Versorgung Berlins durch die Luft begonnen und bereits am 23.7., also einen knappen Monat später, wurde von 265 englischen und 256 amerikanischen Maschinen eine Tagesleistung von 2.811 eingeflogenen Tonnen erzielt. Am 10.8. wurde der 10.000. Flug gemeldet und die beförderte Gesamttonnage betrug 105.000. Mit 6.987 t erreichte die Luftbrücke am 18.9. einen noch kurze Zeit vorher für unmöglich angesehenen Tagesrekord und im Monat Oktober wurde die Monatsleistung auf 147.582 t gesteigert. Am 5.12. hatten die von der RAF eingesetzten Maschinen die enorme Strecke von 10 Mill. Flugkilometer zurückgelegt, was einer 400-maligen Umfliegung der Erdkugel entsprach. Mit dem 31.12. hatten die amerikanischen Skymasters ihren 100.000. Flug im Dienst der Luftbrücke hinter sich, die eingeflogene Gesamttonnage im ersten Halbjahr betrug 550.000 t, und zwar 220.000 t Lebensmittel, 320.000 t Kohle. Die Amerikaner hatten davon 72%, die Engländer 28% eingeflogen. Im Januar wurden mit 171.900 t ein neuer Monatsrekord erzielt, am 18.2.49 transportierte eine "York" die millionste Tonne nach Berlin, und den Geburtstag George Washingtons feierte die Luftbrücke mit einem Einsatz von 861 Maschinen und einer Tagesrekordleistung von 7.513 t. Dieser Rekord wurde bereits am nächsten Tag auf 7.897, drei Tage später auf 8.25 t geschraubt. Den absoluten Rekord aber erreichte die Luftbrücke am 16.4.49 mit 1.344 Flügen und 12.342 t. Am Tage der Aufhebung der Blockade hat die Luftbrücke insgesamt 346 Tage gedauert, 49 alliierte Flieger haben ihr Leben im Dienst der Versorgung Berlins geopfert. (B65)

Italiens soziale Probleme

E.A.M., Rom, im Mai

Die Lösung der sozialen Frage in Italien ist bisher immer in Plänen stecken geblieben. Der Lebensstandard der breiten Volksmassen liegt im Hinblick auf das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung fast an letzter Stelle in Europa. Bei einer gegenwärtigen Arbeitslosenziffer von etwa 2,3 Millionen wächst die Einwohnerziffer des Landes um fast 500.000 pro Jahr. Es ist klar, dass Italien dies Problem nicht allein lösen kann. Weniger klar aber ist, dass es selbst bisher kaum etwas getan hat, um die Dinge wenigstens bis zu einem gewissen Grade aus eigener Kraft anzugehen. Die Auswanderung nach Übersee, die 1948 mit 91.000 um 30% über dem Vorjahresergebnis lag, aber doch noch erheblich hinter den Zahlen der Vorkriegszeit zurückblieb, wurde ein neues Projekt für die Emigration von 250.000 Menschen pro Jahr ausgearbeitet. Ob die wirtschaftliche Depressionsentwicklung in Argentinien zulässt, mehr als die 73.000 Italiener des vergangenen Jahres aufzunehmen, bleibt abzuwarten. Wohnungsmangel und fehlende Kapitalien hindern ein Ansteigen der Auswanderung nach Südamerika. Kanada, Australien und neuerdings Südafrika fallen nur wenig ins Gewicht; die 1948 begonnene Emigrationsbewegung nach Kenia ist wieder zum Stillstand gekommen. Nordafrika rückt angesichts der für 1950 beschlossenen Zollunion mit Frankreich in den Vordergrund des Interesses, während eine Rückwanderung in die ehemals italienischen Kolonien immer fraglicher wird.

Mit Bekanntgabe der Grundlinien einer Bodenreform durch de Gasperi ein Jahr nach den entscheidenden Aprilwahlen 1948 wird einer sehr alten Forderung weitester Kreise Italiens Rechnung getragen. Es ist eine progressive Landabgabe in vier Klassen auf Grund des äußerst niedrigen Katastralertrages 1937/1939 gegen Entschädigung vorgesehen. Etwa 8.000 Grundbesitzer, Gemeinden und öffentliche Körperschaften hätten, beginnend mit 100 bis 250 ha je nach Bodenwert des Besitzes, insgesamt ca. 3 Mill. ha abzugeben. 20 bis 50 Prozent eines Besitzes würden dem Plan zufolge enteignet. Grundsätzlich herrscht über die Notwendigkeit einer Agrarreform bei allen Parteien Einmütigkeit. Das Projekt de Gasperis entspricht der Auffassung der Republikaner, des linken Flügels der Christlich-Demokraten und der rechten Gruppe der Unabhängigen Sozialisten. Weiter rechts stehende Kreise fordern eine weniger mechanische Grenze; sie unterstreichen als unerlässlich die Berücksichtigung der Produktivität, ähnlich wie der konservative Flügel der Christlich-Demokraten, während die Liberalen entschiedene Gegner des Plans sind. Die mittlere und linke Gruppe der Saragat-Sozialisten ist mit der geplanten Landverteilung nicht einverstanden. An Stelle eines Anwachsens mittlerer und kleiner Individualbesitze weist die "Umanità" darauf hin, dass "die natürliche evolutionäre Entwicklung der Wirtschaft in Richtung auf den Kollektivismus geht". Für Fusionssozialisten und Kommunisten ist de Gasperis Plan, der dem Staat

9. Mai 1949

viele hundert Milliarden Lire neuer Lasten auferlegt, "Ausbeute des Kapitalismus". Mit einer schnellen Durchführung der Bodenreform ist nicht zu rechnen.

Von grosser Bedeutung sind weiterhin die Investierungs- und Sanierungspläne der Regierung. Im neuen Haushaltsjahr 1949/50 sollen 1.000 Mrd. Lire für Ankurbelung der Bauwirtschaft und Durchführung öffentlicher Arbeiten als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen, sowie Investitionen in der Industrie vorgenommen werden, um eine grösstmögliche Beschäftigung bei optimalem Verhältnis von Arbeit und Rohstoffen zu erzielen. Textil- und Maschinenindustrie würden an erster Stelle stehen. Von der Gesamtsumme sollen zwei Drittel staatlicher Initiative vorbehalten bleiben. Angesichts der katastrophalen Lage der staatlichen "Maschinenfabriken" (ehemalige Rüstungswerke) wie Breda, Ansaldo, Odero-Terni-Orlando, usw., ist damit zu rechnen, dass wie bisher gewaltige Beträge der Sanierung dieser Werke dienen müssen. Breda verschlang im vergangenen Jahr 13 und Ansaldo 28 Mrd. Lire praktisch à fonds perdu, ihre Umstellung auf Friedensproduktion gelang ebensowenig wie bei den Flugzeugwerken der Grani-Gruppe. Bedeutsam erscheint, dass die Kampagne der Rechtsblätter zur Aufrechterhaltung der Arbeit in diesen Fabriken zeitlich mit der Forderung des Verteidigungsministers. Pacciardi nach einer Modernisierung der italienischen Wehrmacht zusammenfiel.

(b/95/A/1/he)

- - - - -

Schumacher vor der SPD-Presse

=====

(sp) Am 21. und 22. Mai findet im Landtagsgebäude im Saal der SPD Fraktion in Hannover eine sozialdemokratische Konferenz der Verleger, Lizenzträger und Chefredakteure statt, die sich mit einer Reihe von beruflichen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen soll.

Das politische Hauptreferat am Sonntagvormittag hat Dr. Kurt Schumacher übernommen "Mit der SPD für Deutschland und Europa." Hans Wunderlich und Erich Klabunde werden über Pressegesetzgebung in Bund und Ländern sprechen. Der vorangehende Sonnabend, an dem die Beratungen nachmittags um 13 Uhr beginnen, ist journalistischen und organisatorischen Fragen gewidmet, wobei insbesondere auch der Nachwuchsfrage für Verlage und Redaktionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

- - - - -

(sp) Von deutscher Seite werden an dem EUROPÄISCHEN SOZIALISTENKONGRESS vom 14.-16.5. in Baarn bei Utrecht teilnehmen: Erich Ollenhauer, der stellvertr. Vorsitzende der SPD, die Mitglieder des Vorstandes Herta Gotthelf, Hannover, Fritz Henssler, Dortmund und Dr. Hermann Veit, Stuttgart. Insgesamt werden Vertreter aus 14 europäischen Ländern anwesend sein. Der Kongress wird sich vor allem mit Fragen des europäischen Zusammenschlusses und der Grundstoffindustrien befassen. (m/Bl/95/1/he)

Bilanz der "freien Wirtschaft"

Von Herbert Kriedemann

Wer sieht, wie die deutsche Wirtschaft jeden Tag mehr in eine waschechte Krise gleitet, wird volles Verständnis dafür haben, dass die politischen Parteien, die für diese Entwicklung die Verantwortung tragen, sehr zuer reagieren, wenn ihnen das so deutlich gesagt wird, wie es mit der Erklärung der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat anlässlich der Freigabe von Schuhen und Textilien geschehen ist.

Eine grössere Gefährdung der Demokratie als durch den krassen Gegensatz zwischen dem Luxus der einen und dem Mangel der anderen ist nicht auszudenken. Es gibt auch kaum eine zynischere Konstatierung der Klassengegensätze im heutigen Deutschland, als die Erhard'sche Feststellung, dass die Nachfrage der vorhandenen Kaufkraft entspreche. Eine Wirtschaft, in der nur von den Leuten die Rede ist, die Geld haben, um die unkontrollierten Preise bezahlen zu können und die keine, aber auch keine wirksame Massnahme zum Schutz der übrigen trifft, kann man mit noch so hochtrabenden Worten belegen, sie ist und bleibt eine Veranstaltung zu Gunsten einiger weniger, die sich das aneignen, was allen gehört. Schliesslich sind weder die Währungsreform und die mit ihr verbundenen Opfer breiterer Schichten, noch der Marshallplan mit seinen Zuwendungen an die deutsche Wirtschaft bloss deshalb durchgeführt worden, damit eine kleine Schicht es sich gutgehen lassen kann und ein Professor Gelegenheit hat - sozusagen als Tafelmusik - seine Theorien zu verkünden, während Hunderttausende von Hausfrauen und Mütter trotz angestrenzter Arbeit der Familienväter mit leeren Taschen an vollen Läden vorbeigehen müssen.

Mit einer alle Tatsachen auf den Kopf stellenden Propaganda hat die Mehrheit versucht, der Bevölkerung einzureden, die Sozialdemokraten seien für die Bewirtschaftung um der Bewirtschaftung willen. Nun, es gibt genug Beweise dafür, dass die sozialdemokratischen Forderungen nach einer planvollen Bewirtschaftung auch nicht mit einem Rest von Zwangswirtschaft etwas zu tun hat, der auf einigen Gebieten der Versorgung, vor allem der Ernährung, auch heute noch beibehalten werden muss und den nicht einmal diese Mehrheit abzuschaffen wagt. Um die Ausbeutung von millionenfachem Elend durch die Horte zu vertuschen, hat Herr Erhard so getan, als wären die Waren allein dadurch ans Licht gekommen, dass er die Bezugs-scheine abgeschafft hat. Sie kamen, als er durch die Aufhebung der Preiskontrolle jedem Wucher Tür und Tor geöffnet hatte und es sich für die Nutzniesser der allgemeinen Not lohnte, den Verbrauchern das neue, gute Geld im Handumdrehen aus den Taschen zu holen.

"Das Angebot entspricht der Nachfrage", sagt Herr Erhard jetzt, nachdem er alle zum Schweigen gebracht hat, die nicht über genügend Geld verfügen und deren Zahl er täglich vergrössern hilft. Alle

9. Mai 1949

schwindelhaften Zahlen ändern nichts an der Tatsache, dass heute bereits 100.000 Menschen weniger in Arbeit stehen als unmittelbar vor der Währungsreform. Es ist eine nicht weglegbare Tatsache, dass es niemals die Absicht dieser Wirtschaftspolitik war, allen Bedürftigen zu ihrem Anteil an den Versorgungsmöglichkeiten zu verhelfen. Wer nicht mitkommt im "freien Spiel der Kräfte", etwa, weil ihn der Krieg von Haus und Hof und ordentlichen Arbeitsplatz vertrieben hat, bleibt liegen.

Es hat lange Zeit gedauert, bis die "soziale Marktwirtschaft" auch der breiten Masse erkennbar wurde. Heute trägt sie unverhüllt die höllischen Züge einer echten kapitalistischen Krise: Überfluss und Mangel zugleich. Aus der Planlosigkeit, aus der Verschwendung ist sie entstanden und bedroht täglich mehr Menschen in ihrer bescheidenen Existenz. Wenn die arbeitenden Menschen jetzt erkennen, dass die Wirtschaft nicht ein Schicksal ist, dem sie blind ausgeliefert sind, sondern dass es in der Demokratie ein Mittel gibt, diese Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen dienstbar zu machen, dann ist es noch nicht zu spät. Noch liegen drei Viertel der Marshall-Plan-Zeit vor uns; noch kann denen das Handwerk gelegt werden, die immer Nutznießer fremder Not sind. Dieses Mittel ist die richtige politische Entscheidung in der freien demokratischen Wahl. Was die Frankfurter Mehrheit von CDU - FDP auf dem Gebiet der Wirtschaft angerichtet hat, braucht nicht erst in Wahlversammlungen beschrieben zu werden, es kann von jeder Lohnliste und Preistabelle abgelesen werden, und wer immer noch keine Wohnung hat, mag sich darüber Gedanken machen, dass es zwar genügend Baumaterial und 167.000 arbeitslose Bauarbeiter gibt, aber keine Baustätten. Die Wähler aber haben jetzt bald darüber zu entscheiden, ob sie gegenüber den Resultaten dieser Wirtschaftspolitik die gleiche Lammsgeduld aufbringen wollen, wie sie es am Tage nach der Währungsreform taten, als die Fülle der Waren vor ihnen ausgebreitet war, vor der sie auch heute noch hoffnungslos die Nasen an den Scheiben plattdrücken müssen. Zu der bitteren Erkenntnis, schon bisher vom Kauf der dringendsten Sachen ausgeschlossen gewesen zu sein, kommt nun die Gefahr, dass ihnen diese freie Wirtschaft auch keine Arbeit mehr gibt. (fs/79/2/ke)

 KP-Fisako in Schweden

Gewerkschaften als politisches Barometer

(sp) Stockholm, Anfang Mai

Während noch im vorigen Jahr bei den Wahlen im Stockholmer Metallarbeiterverband das Stimmenverhältnis fast gleich war - die sozialdemokratische Liste erhielt 9724 und die kommunistische 9043 Stimmen - konnten diesmal die Sozialdemokraten mit 9497 gegen 4686 kommunistische Stimmen einen grossen Vorsprung erzielen.

Den Höhepunkt des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften bildete das Jahr 1943, das Jahr nach Stalingrad. Die militärischen

Erfolge der Russen wirkten sich auch und gerade in Schweden aus. Noch wichtiger war, dass die sozialdemokratische Partei, an einer Koalition führend beteiligt, den sog. "Lohnstop" deklariert hatte. Dieser führte im Zusammenhang mit der Abschneidung Schwedens vom Weltmarkt zu einer zeitweisen Senkung des Lebensstandards. Damals kam es unter kommunistischem Einfluss zu einem grossen Metallarbeiterstreik, der den Arbeitern ca. 200 Millionen an entgangenen Löhnen, den Metallarbeiterverband 42 Millionen an ausgezahlten Unterstützungen kostete und nur eine Lohnerhöhung von 9 Millionen einbrachte.

1948 begann der Rückschlag für die Kommunisten. Im Gegenwind geblieben, versuchten sie sich hinter neutralen Bezeichnungen ihrer Wahllisten zu verstecken. Mitunter nannten sie sich "freigewerkschaftliche Liste", mitunter "radikale Gewerkschaftsliste" oder auch "Lohnstop-Gegner" usw., ebenso wie sie sich plötzlich als Vorkämpfer für die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften aufspielten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften führten dagegen die gewerkschaftlichen Wahlkämpfe offen, auch auf der parteipolitischen Ebene.

Den Kommunisten nützte diese Taktik nichts. Innerhalb des Metallarbeiterverbandes fiel die alte kommunistische Hochburg Svängsta ebenso wie Hagfors, wo die Kommunisten sechs Jahre herrschten. In Seffle und Arvika, in Horfors und Boxhol, in Sandviken und Arbra, überall erlitten sie, ebenso wie in Göteborg, vernichtende Niederlagen. Aber auch in allen anderen bedeutenden Verbänden erlitten sie ähnliche Schlappen. So bei den Textilarbeitern in Norrköping, bei den Papierarbeitern in Svartölk, Norrköping und Jössefors, bei den Zollbeamten in Stockholm, bei den Angestellten in Göteborg, bei den Eisenbahnern in Norrbotten, bei den Kommunalarbeitern in Stockholm usw.

Diese Ergebnisse sind - und das ist das Bedeutsame an ihnen - keine Einzelercheinungen, sondern nur besonders sichtbare Zeichen dafür, dass der kommunistische Einfluss auch dort in Schweden in hoffnungslosen Rückgang ist, wo bisher für ihn noch relative Chancen bestanden - in den Betrieben und Gewerkschaften. Die Entwicklung in ihnen pflegt - im positiven wie im negativen Sinne - überall das zuverlässigste Barometer für die allgemeinen politischen Tendenzen zu sein. (m/B/95/l/he)

Verantwortlich: Peter Raunau